



Quartierspreis: Seite 2, 5. u. 6. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Der Ministerpräsident und Reichskanzler... (Introductory text about the cabinet meeting and the situation in Washington.)

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung Sonntag, 23. April 1921
50. Jahrgang

Dr. 159 - Ausgabe A Nr. 96

Vor der Ueberreichung der neuen Vorschläge in Washington.

Herrn Loucheurs zweierlei Maß.

Von [Redaktion] Reichsminister a. D. Dr.-Ing. Gotheln,
Mitglied des Reichstags.

Die Situation.

Gestern nachmittag wurde von gewissen Seiten das ebenfallige wie schädliche Gerücht verbreitet, daß infolge der Entsendung der politischen Situation und besonders auch infolge des von den Präsidenten Harding gerichteten Telegrammes eine Krise im Reichskabinett herbeigeführt werden würde und daß der Ministerrat des Reichskanzlers Fejervang und des Ministers Dr. Simons zu rechnen sei. Dieser Gerücht ist natürlich falsch und man muß die Ereignisse, die gestern nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch allerhand angeblich aus fremden Diplomatenkreisen stammende Informationen heranzuziehen, dringend erörtern, sich in Zeiten wie den gegenwärtigen Zurückhaltung aufzuerlegen. Nach allen Zeichen, die während der letzten Monate in der Behandlung der Entschädigungsfrage und betreffend gemacht wurden, wieder es der allmähliche und funktionelle Fehler, in diesem Augenblick die diplomatische Verhandlung und auf die Mitarbeit des Dr. Simons verzichten zu wollen. Das gesamte Ausland würde hier den Eindruck erhalten, daß in Deutschland eine außerordentliche Verwirrung herrsche, und es würde dem Vorgehen zweifellos zu auffassen — und besonders die militärische Parier Presse würde ihn so zu deuten — als hätte die angeblich unmaßgebliche „Partei Simons“ im Bunde mit allen Reaktionen und Reaktionen, den zu weitgehenden Angelegenheiten entschlossen, die Minister des Reichskanzlers hinausgedrängt. Der Pariser Journalisten und den Nationalisten und Imperialisten in Frankreich ein solches Fest zu bereiten, fällt erstenschemie niemandem ein. Hoffentlich werden in der heutigen Reichstags-Sitzung alle Redner — sogar Herr Fejervang — sich dem Bedürfnis, Kritik zu üben, nicht verschließen lassen. Und unter Vertagung solcher Rednerreden werden die Minister und dem Reichskabinett eine Verständigung mit den Alliierten auf irgendwelchen möglichen Grundlagen herbeizuführen, einmütig hinter der Regierung steht. Jede andere Haltung wäre um so unpolitischer, da sich ja in diesem Augenblick noch gar nicht überlegen läßt, wie die Aktion, die mit dem nach Washington gelangten Telegramm begonnen hat, weiterzuführen wird. Daß man in Paris die Zünge zu bellen lassen möchte, als ob Deutschland einen unabweislichen Mißerfolg erlitten hätte, und eine solche Abfrage aus Amerika erhalten hätte, war selbstverständlich, entspricht aber dem wirtschaftlichen Zustand nicht. Nebenbei muß bemerkt werden, daß die Pariser Vertagung über den sogenannten „Mißerfolg“ Deutschlands doch wieder klar beweist, wie wenig diesen schreibenden und lebenden französischen Politikern an einer Abgrenzung der Entschädigungsfrage lag. Wenn sie die Vertagung ihrer imperialistischen Ausbreitungspläne im Auge hätten, müßten sie doch jetzt erfreut darüber gewesen sein, daß Deutschland sich bedingungslos der Entscheidung des mit Frankreich befreundeten Präsidenten Harding unterwarf. In jedem Falle: ein Jagen ist angebracht, und möglichst rasch und sehr zurechtfinden sein muß, was abzuwarten werden, ob er uns und alle, die sich nach dem Licht und dem Ausweg nehmen, aus dem Scharnhut herauszuführen wird. Man kann jetzt nur, mit diesem Jagen in der Hand, auf dem Wege weitergehen, und der nächste Schritt muß selbstverständlich sein, daß nun der amerikanischen Regierung die Vorschläge überreicht werden, die sie „in Erwägung ziehen“ und die Alliierten Regierungen in einer für diese annehmbaren Weise unterbreiten“ will. Darüber herrscht schon in der Reichsregierung wie bei allen verständigen Politikern auch volle Einmütigkeit. Und ebenso darüber, daß es zweifellos ist, mit einem Vorschlag zu kommen, der, so lang und in vieler Beziehung unangenehm er sein mag, sofort durch die Entgegung, er bringe keinerlei unmittelbare finanzielle, diskreditiert werden kann.

Ausführlich genommenen Vorschlägen zu äußern. Alle Parteien kamen dabei zu Wort. Diese Besprechungen zogen sich bis in die ersten Nachmittagsstunden hin. Soweit sich bisher überlegen läßt, will, entgegen anders lautenden Nachrichten, keine der großen Parteien es in diesem Augenblick auf eine Kabinettstrennung ankommen lassen, da dadurch die Stellung Deutschlands außerordentlich geschädigt würde. Auch die Deutsche Volkspartei nimmt, obwohl der rechte Flügel ursprünglich anderer Ansicht war, eine gemäßigtere, auf einen Ausgleich hinstrebende Haltung ein.

Heute vormittag treten die einzelnen Fraktionen im Reichstag zusammen, um die Berichte der Parteiführer zu hören. Der Reichstag wird dem Minister Dr. Simons in der Wiedereröffnung des Reichstags detaillierte Mitteilungen über die Situation machen, und daran wird sich dann eine große Debatte der Parteien anschließen.

Deutschlands neue Vorschläge.

Die Antwort des Präsidenten Harding auf die deutsche Note, die gestern früh in Berlin veröffentlicht wurde, hat eine völlig klare Sachlage geschaffen. Als Gewinn der Aktion ist jedenfalls die Tatsache zu verzeichnen, daß die Vereinigten Staaten sich nunmehr zur unmittelbaren Beteiligung an der Lösung der Reparationsfrage verpflichtet haben. Dieser positiven aber weiteren Erwägungen stellen. Daß sie dazu entschlossen ist, ergibt sich aus der gestrigen Reichstagsrede Dr. Simons. Der amerikanische Präsident hat, so behauptet der Reichsaussenminister, die Vermittlung in gewöhnlicher Weise angenommen, sondern mit der Qualifikation „im Sinne“ nicht abgelehnt, sondern mit der Qualifikation angenommen, daß Deutschland in der Verhandlung über die Reparationsfrage unterbreitet, die diese für geeignet hält, den Alliierten übermitteln zu werden. Daraus ergibt sich, daß nunmehr unmittelbar in Erwägung darüber eingetreten werden müßte, wie die Vorschläge der deutschen Regierung zu verwerfen müßte. Welche Schritte das Reichskabinett unternommen hat, ergibt sich aus den weiter unten folgenden Mitteilungen.

Die Frage, die damit vor neuem in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getreten ist, richtet sich auf den Inhalt der neuen deutschen Vorschläge. Was den Wiederaufbau Nordfrankreichs betrifft, so wird der neue deutsche Plan, wie schon gemeldet, der Reparationskommission heute zugehen. Der Plan läßt sich nach unseren Informationen im wesentlichen auf eine unmittelbare Vorkriegslage der deutschen Subventionen hinaus, die die Wiederherstellung in enger Verbindung mit den französischen Großunternehmen ausführen sollen. Die Geschäftsbühnen selbst sollen der deutschen Regierung ihre Wünsche unterbreiten können, woraus sich unabweisbar die Bereitwilligkeit Deutschlands zu sofortigen realen Leistungen ergibt.

Weit schwieriger stellte sich vor Anbeginn die Lösung der Entschädigungsfrage dar. Dr. Simons hat gestern im Reichstage erklärt, daß in der Beurteilung der finanziellen Voraussetzungen das deutsche Volk fast das ganze Ausland geschlossen gegen sich habe. Ein ganz außerordentliches Opfer wird darum jetzt angeht, höher stellte als gestern. Der Reichsaussenminister hat auch gestern hierüber keinen Zweifel gelassen. Mit einer sofortigen Zahlung wird man verfahren müssen, den drängenden Ansprüchen der Gegner entgegenkommen gerecht zu werden. Aber Dr. Simons hat auch gesagt, daß Deutschland bei diesem seinen letzten Angebot die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit nicht überschreiten darf und kann.

Der Eindruck in Amerika.

Stette Haltung der Mark in New-York. (Privat-Meldung.)

London, 22. April.

Aus New-York wird gemeldet: Die deutsche Note an Harding und die Antwort Hardings an Deutschland werden in der Presse lebhaft besprochen. Der Eindruck ist, daß Amerika nicht endgültig abgelehnt hat. Bemerkenswert war an der heutigen Note die feste Haltung der Mark. Es bestand keine Möglichkeit, so daß sich der Kurs erheblich höher stellen als gestern. Bemerkenswert war ferner, daß nur wenig Angebot heraufkam, und man kann daraus die Zufriedenheit ziehen, daß das Publikum im allgemeinen weitere Schritte erwartet und nicht der Ansicht ist, daß Amerika das letzte Wort in der Angelegenheit gesprochen hat. (Siehe auch Seite 2 und 4.)

Der Minister Loucheur hat es am 19. d. M. in der französischen Kammer als unerhörte deutsche Annahme bezeichnet, den Wert der Gruben des Saarreviers auf die Reparation mit 1200 Millionen Goldfrancs, d. h. nicht ganz 1 Milliarde Goldmark in Anrechnung zu bringen. Nach dem Gutachten aller Sachverständigen beträgt der höchste 400 Millionen Goldfrancs.

In jenem Grubenbericht sieht nicht nur die ganzen Sachanlagen, die umfangreichen Grubenbau, Maschinen, Kesselanlagen und Nebenproduktgewinnung, Kohlenwägen, Separations- und Verladeeinrichtungen, nach vielen Tausenden zählende Arbeiter- und Beamtenwohnungen, umfangreiche, auf eingerichtete Verwaltungsgebäude usw. enthalten, sondern auch der ganze riesige, für Jahrzehnte der Gegenwart nachhaltige, Bergbau stehende Felderbesitz. Alle diese von menschlicher Hand gemachten Anlagen dürften nicht weit unter einer Milliarde Goldmark erfordern haben. Denn der preussische Staat, in dessen Gebiet sie vorher waren, hat solide gebaut. Jedenfalls würde heute ihre Herstellung mindestens diese Summe, eher noch mehr, kosten.

Dabei haben wir 1935 das Recht, diesen Besitz zurückzukaufen. Man kann begreifen, wie wenig diese Franzosen verlangen würden. Sicher erheblich mehr, obwohl sich dann die Substanz durch den 15 Jahre langen Abbau verändert hat. Nun ist in Deutschland der Wert der Kohlengruben unter der Zwangswirtschaft mit ihren künstlich gehaltenen Kohlenpreisen, unter der Drohung der Sozialistierung und dem Druck einer stark verfallenen Arbeitskraft gegenüber der Friedenszeit, in Gold ausgedrückt, sehr erheblich zurückgegangen. Aber das trifft alles für das Saarrevier nicht zu, weil jedenfalls beim Friedensvertrag noch nicht zu so die deutsche Mark noch einen Wert von mehr als 50 Pfennig hatte.

Aber Herr Loucheur kann auch anders rechnen; nämlich da, wo es sich um den Ertrag aus dem Krieg zerstörten französischen Kohlengruben handelt. In derselben Kammer-Sitzung, in der er den Wert der Saargruben so niedrig bemerkt, erklärte er, daß, um die kriegsbeschädigten Gruben des Bassin du Nord wieder auf die Vorkriegsleistung von 18 Millionen Tonnen zu bringen, 15 Milliarden Goldfrancs nötig seien, also das 12½fache dessen, was Deutschland für die gleiche Förderleistung aufzuweisen saargraben in Rechnung gestellt hat, und das 37½fache dessen, was Herr Loucheur dafür als angemessen erachtet.

Nun ist aber nur ein Teil der Kohlengruben des Bassin du Nord im Krieg beschädigt und förderunfähig geworden. Die 2½ Jahre, welche die den Wasserflutungen verfallen sind, hätten vollumfänglich genügt, um die zerstörten Einrichtungen längere wieder herzustellen, die erlosenen Gruben zu säubern. Von Anfang an haben wir uns bereit erklärt, untererleits die Arbeiten auszuführen. Es ist anzunehmen, daß das von uns mit einem Kostenaufwand von einer halben Milliarde Goldmark leicht hätte ausgeführt werden können. Auch heute dürften die Kosten sich kaum höher stellen, wenn man die Arbeit deutschen Arbeitern übertrüge. Aber die französischen Unternehmer wollen bei diesem Geschäft ungezählte Milliarden auf Kosten Deutschlands verdienen; nur daß wir völlig außerstande sind, diese Summen auch nur im entferntesten aufzubringen.

Daß sie von den Franzosen aus dem Ruhrrevier herauszuholen sind, ist völlig ausgeschlossen. Unter Montanbesitz ist furchtbar entwertet; nur die aufgeblähten Papierwerte können den Interaktionen darüber hinweg, der sich nicht klar macht, daß ein Wert von 600 in Reichsmark nur ein Goldfranc von 40 ist. Der ganze Montanbesitz des Ruhrreviers repräsentiert heute auf Gold umgerechnet nur einen Wert von höchstens 2 Milliarden Goldmark. Wie wollen da die Franzosen 2 bis 3 Milliarden jährlich daraus herausholen!

Loucheur will Deutsche nur als Bergarbeiter in den französischen Bergwerken zulassen. Damit würden die französischen Unternehmer billige deutsche Arbeitskräfte haben und uns trotzdem ihre ungeheuerlichen Rechnungen aufmachen. Die deutschen Arbeiter sollen den Interaktionen darüber hinweg, der sich nicht klar macht, daß ein Wert von 600 in Reichsmark nur ein Goldfranc von 40 ist. Der ganze Montanbesitz des Ruhrreviers repräsentiert heute auf Gold umgerechnet nur einen Wert von höchstens 2 Milliarden Goldmark. Wie wollen da die Franzosen 2 bis 3 Milliarden jährlich daraus herausholen!

Nach den Erklärungen des Außenministers Dr. Simons im Reichstag über die Antwort des Präsidenten Harding auf das deutsche Vorschlagsentwurf in der Reparationsfrage trat das Reichskabinett gestern nachmittag um fünf Uhr zu Beratungen zusammen. Schon vorher hatten Besprechungen einzelner Minister mit dem Reichsaussenminister stattgefunden. Während in den Kreisen aller Parteien die Meinungen über die Aussichten der amerikanischen „Vermittlung“ geteilt waren, sah man im Reichskabinett die Sachlage nicht anders pessimistisch an. Es verlautet, daß die Regierung heute, spätestens morgen ihre Vorschläge an die Reparationskommission der amerikanischen Regierungen übermitteln wird. Abgeschlossen wurden die Beratungen darüber im Reichskabinett noch nicht, obwohl sie sich gegen halb neun Uhr ebenfalls hinzogen. Man kann aber erwarten, daß sich die Vorschläge beim Reichskanzler Fejervang, um hier einen Bericht des Ministers Dr. Simons entgegenzunehmen und sich zu den in